

# Hürzeler muss zurück auf Feld eins

## Berufsschulen Dem neuen Standortkonzept droht im Grossen Rat der Absturz - von rechts bis links gibt es Kritik

VON FABIAN HÄGLER

Mitte Juni hat Bildungsdirektor Alex Hürzeler das neue Standort- und Raumkonzept für die Berufs- und Mittelschulen präsentiert. Seither wehrten sich Vertreter von Schulen, die von der Schliessung bedroht sind (siehe «Die drei Varianten» rechts), lautstark gegen die Pläne. Dies war zu erwarten und überrascht nicht. Doch nach der politischen Vernehmlassung, die gestern abgelaufen ist, zeigt sich: Die Vorschläge der Regierung sind im Grossen Rat chancenlos.

So schreibt die SVP, sie könne keine der Varianten ihres Bildungsdirektors unterstützen. Mit den Schliessungen von Schulstandorten werde der Grundsatz der regionalen Verteilung verletzt. Zudem sei es zweifelhaft, ob die Einsparungen - rund 100 Millionen Franken in 15 Jahren - realistisch seien. Das Rezept der SVP: Die Berufsschule für Gesundheit mit über 2000 Lernenden solle in der Kantonsmitte getrennt werden. «In Brugg verbleiben so viele wie Platz haben. Der Rest aus dem westlichen Kantonsteil wird an die Berufsschule Zofingen verlegt. Mit dieser Verschiebung könnte man alle restlichen Verschiebungen sein lassen.»

### Qualität nicht berücksichtigt

Auch die FDP gibt dem neuen Konzept kaum Chancen. «Wir gehen davon aus, dass keine der vorgeschlagenen Varianten

mehrheitsfähig sein wird, weshalb wir empfehlen, dass die Vorlage in dieser Form zurückgezogen wird.» Diese basiert auf drei Zielen: hohe Raumauslastung für besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis, stärkere Kompetenzzentrenbildung und angemessene Berücksichtigung der Regionen. Für die Freisinnigen fehlt in der Vorlage «das Kriterium der Ausbildungsqualität als strategische Zielsetzung völlig».

Dies vermisst auch die BDP, welche das vorgelegte Konzept zurück an den Absender schiebt, wie sie mitteilt. Der Lösungsvorschlag sei «ein reiner Papiertiger», ausserdem sei nicht klar, was ein sogenanntes Kompetenzzentrum bei den Berufsschulen überhaupt ausmache. Wie die FDP verlangt auch die BDP, die Regierung solle unter Einbezug aller Berufs- und Mittelschulen weitere Varianten prüfen.

### CVP als einzige Partei dafür

Am besten kommt das Konzept bei der CVP an. Aufgrund der veränderten Schülerzahlen bestehe Handlungsbedarf bei der Raumauslastung. «Durch die Bildung von Kompetenzzentren steigt die Durchlässigkeit und die Schulen werden effizienter. Die CVP unterstütze teilweise Variante Beta, «weil damit Verbesserungen der Auslastung erreicht und die regionalen Aspekte berücksichtigt werden». Der Grundsatz «ein Standort pro Beruf» werde dabei konsequent umgesetzt. Dennoch fragt sich die CVP, ob die Verschiebungen

### KONZEPTVORSCHLÄGE

#### Die drei Varianten

- **«Alpha»** Nur ein Standort pro Beruf im gewerblich-industriellen Bereich, die Zahl der KV-Standorte sinkt von 7 auf 3 (Aarau, Baden, Wohlen). Brugg verliert sein Berufsbildungszentrum, Rheinfelden verliert ebenfalls seine Schule, Lenzburg verliert das KV, die Gartenbauschule Niederlenz ist nur noch ein Lehrbetrieb.
- **Beta:** Zu grossen Teilen identisch mit «Alpha». KV-Standorte gibt es aber vier - zu den erwähnten drei kommt Rheinfelden hinzu.
- **«Gamma»** sieben gewerbliche Berufe werden an mehreren Standorten angeboten, KVs gibt es noch drei (Aarau, Baden, Lenzburg), Brugg würde nur den KV-Teil verlieren, Rheinfelden würde eine «Filiale» der Berufsfachschule Gesundheit und Soziales. Geschlossen würde das BBZ Freiamt in Wohlen.

zumutbar seien, und hält fest: «Es darf nicht sein, dass heute Räume nicht mehr benötigt werden und in ein paar Jahren neuer Raum geschaffen werden muss.»

#### EVP, SP und Grüne sagen Nein

Richtet man den Blick im politischen Spektrum weiter nach links, zeigt sich: auch dort hat der Vorschlag der Regierung keine Chance. Die EVP lehnt das Standortkonzept grundsätzlich ab. «Dies wäre ein Eingriff in die Hoheit der Berufsfachschulen», kritisiert die Partei. Diese seien vernetzt und arbeiteten mit Verbänden zusammen, die unterstützend hinter den Schulen stehen. Zudem stehen laut EVP die Einsparungen «in keinem Verhältnis zum Aufwand der Umstrukturierung».

Die SP lehnt die Vorlage ebenfalls «vollumfänglich ab» und verlangt eine Überarbeitung durch die Regierung, wie sie in einer Mitteilung festhält. Die Sozialdemokraten kritisieren, die alleinige Fokussierung auf die Raumauslastung werde einer zukunftsgerichteten Berufs- und gymnasialen Bildung nicht gerecht.

Die Grünen ziehen «prioritär eine Rückweisung des Geschäfts in Betracht». Man erwarte vom Regierungsrat eine Vorlage, «welche die Qualität der Ausbildung zum Hauptfokus hat und nicht eine rein belegungs- und kostenorientierte Herumschieberei von Schülern, Lehrpersonen, Klassenzügen und Berufszuteilungen». So kritisieren die Grünen - wie SP, EVP, CVP

und BDP - die geplante Verschiebung der Wirtschaftsmittelschule von Aarau nach Zofingen, wo sie als «Füllmasse» für die zu kleine Kantonsschule erhalten solle.

Zudem gibt es eine seltene Übereinstimmung zwischen SP, Grünen und FDP: Alle drei Parteien sprechen sich dafür aus, die freie Schulwahl bei den Kantonsschulen einzuschränken oder abzuschaffen. So könne die Auslastung der einzelnen Schulstandorte besser gesteuert werden.

#### Wirtschaftsverbände uneinig

Der Aargauische Gewerbeverband kritisiert, in der Vorlage fehle die wichtigste Zielsetzung: Erhalt und Verbesserung der Ausbildungsqualität. Auch der Gewerbeverband fordert den Regierungsrat auf, eine neue Vorlage zu erarbeiten. Dabei sollten Schulen und betroffene Berufsverbände einbezogen werden. «Dies kann eine Fehlplanung verhindern und die politische Akzeptanz vergrössern.»

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer unterstützt die Vorlage der Regierung im Grundsatz. Alle vorgeschlagenen Varianten seien mit Blick auf Kompetenzzentren, Raumauslastung und Kosten dem heutigen Zustand überlegen. Auf eine einzige Variante hat sich der Vorstand aber nicht festgelegt - aus regionalpolitischen Gründen. «Verschiedene der neun AIHK-Regionalgruppen werden voraussichtlich direkt Stellung nehmen», kündigt der Wirtschaftsverband an.